



Symbolbild: Getty Images

Kommentar

Ein erster Schritt

Häusliche Gewalt ist eine Realität. Wegschauen ist keine Option bei rund 2000 Polizeieinsätzen pro Jahr allein im Kanton Aargau. Opfern von häuslicher Gewalt muss schnell und professionell geholfen werden. Egal, ob es sich um Frauen, Kinder oder Männer handelt. Der Regierungsrat hat das Thema seit 1997 auf der politischen Agenda. Seither wurden verschiedene Beratungs- und Unterstützungsangebote aufgebaut. Sie sind inzwischen wichtige Bestandteile im Kampf gegen häusliche Gewalt. Die Fachstellen kümmern sich um Opfer, arbeiten mit Tätern und klären die Öffentlichkeit auf.

Sich einfach mit den bestehenden Angeboten zufriedenzugeben, reicht aber nicht. Das zeigt sich am Beispiel des Frauenhauses. Die Stiftung ist seit Jahren defizitär. Letztes Jahr war trotz guter Auslastung kein kostendeckender Betrieb möglich. Dass der Kanton ab 2020 neue Tarife bezahlt – und vor allem gleich hohe Tarife für Frauen und Kinder –, ist zu begrüßen. Es leuchtet nicht ein, warum der Tarif für Kinder bisher halb so hoch war. Schliesslich leiden sie genauso unter den Folgen und sind auf Unterstützung angewiesen.

Die Tarifierung ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Ob die neuen Tarife genügen, um das Frauenhaus kostendeckend betreiben zu können, zeigt sich Ende 2020. So lange sollte sich die Politik gedulden, bevor sie Forderungen nach noch mehr kantonaler Unterstützung stellt. Sollte das Problem aber weiterhin bestehen, müssen Sockelbeiträge, die unabhängig von der Belegung fließen würden, noch einmal auf den Tisch. Es steht nicht zur Diskussion, ob sich der Kanton ein Frauenhaus leisten möchte. Die Schweiz hat sich mit der Ratifizierung der Istanbul-Konvention verpflichtet, Frauen und Kinder vor häuslicher Gewalt zu schützen. Dazu gehört auch, ihnen genügend Schutzplätze zur Verfügung zu stellen.



Noemi Lea Landolt
noemi.landolt@chmedia.ch

Grossrätin Gertrud Häseli ist noch nicht zufrieden.

lange Frist nicht förderlich». Damit würden unterschiedliche Pauschalen für inner- und ausserkantonale Klientinnen geschaffen. Das wiederum führe dazu, dass Frauen, die aus Platzgründen in ein ausserkantonales Frauenhaus eintreten, aus Kostengründen rückplatziert werden müssen, sobald in ihrem Wohnkanton ein Platz frei werde. Das widerspreche einer stabilen Versorgungssituation der Betroffenen, so die Regierung. Grünen-Grossrätin Gertrud Häseli leuchtet das nicht ein. Es gehe nicht, «den Kantönlicheist als Ausrede vorzubringen, um nichts machen zu müssen». Ein Sockelbeitrag sei «unverzichtbar».

Was die Tarife betrifft, ist die Regierung bereit, etwas zu ändern. Die heutigen Pauschalen seien im interkantonalen Vergleich für Frauen im oberen

Bereich und für Kinder zu tief angesetzt. Ab nächstem Jahr gilt deshalb ein einheitlicher Tarif von 290 Franken für Frauen und Kinder. Damit werde dem finanziellen Risiko begegnet, welches die Aufnahme von Kindern bisher beinhaltet habe, heisst es in der Antwort der Regierung auf das Postulat. Gertrud Häseli begrüsst die Erhöhung der Kinderbeiträge. «Die Kürzung der Frauenbeiträge von 310 auf 290 Franken pro Tag findet sie hingegen unverschämte».

Ab 2020 werden dem Frauenhaus zudem die Beiträge für die Nachbetreuung der Frauen pauschal abgegolten. Das komme einem Sockelbeitrag durch das Departement Gesundheit und Soziales gleich, schreibt der Regierungsrat. Diese Änderung sei «wichtig und richtig», findet Häseli. Es verbessere aber das Betriebsergebnis nicht. (nla)

Burgherr tritt 2020 als SVP-Chef zurück

Er wolle sich auf sein Nationalratsmandat und das Unternehmen konzentrieren, sagt der Parteipräsident dem «Zofinger Tagblatt».

Philippe Pfister

In rund elf Monaten wählen die Aargauerinnen und Aargauer ein neues Kantonsparlament. Nicht nur in SVP-Kreisen war in den letzten Wochen darüber spekuliert worden, wer die Volkspartei in die nächsten Wahlen führen wird.

Präsident der Aargauer SVP ist seit bald acht Jahren der Wiliberger Holzbauunternehmer und Nationalrat Thomas Burgherr. Gestern nun liess Burgherr gegenüber dem «Zofinger Tagblatt» die Katze aus dem Sack: «Seit 1. März 2012 bin ich mit grosser Leidenschaft, Freude und Engagement Präsident der SVP Aargau. Obwohl ich die SVP Aargau sehr gerne führe, ist es nun an der Zeit, dass ich im nächsten Jahr das Zepter weitergeben werde», sagt er. «Ich freue mich, dass ich mich dann voll auf mein Nationalratsmandat und meine Unternehmertätigkeit konzentrieren kann. Den genauen Zeitpunkt der Ablösung werde ich mit der Geschäftsleitung noch festlegen.»

Zu seinem Rücktritt im Jahr 2020 habe er sich vor langer Zeit entschlossen. «Jetzt hat die Partei Zeit, meine Nachfolge zu regeln. Bis dahin werde ich die SVP Aargau top motiviert weiterführen», so Burgherr weiter. Der 57-Jährige hat ein schwieriges Jahr hinter sich. Zunächst die Auseinandersetzung mit Franziska Roth: Die SVP-



Thomas Burgherr (57, Wiliberg) tritt im kommenden Jahr als Präsident der SVP Aargau zurück. Bild: Fabio Baranzini (Aarau, 20. Oktober 2019)

Gesundheitsdirektorin zerstritt sich mit dem Parlament und der Parteileitung, am Ende stand sie völlig isoliert da. Roth trat vor den Sommerferien aus der Partei aus und als Regierungsrätin zurück. Als Nachfolger portierte die SVP Jean-Pierre Gallati, der morgen Sonntag zu einem zweiten Wahlgang antreten muss.

Für den zweiten Wahlgang ist Burgherr zuversichtlich

Im Vorfeld der National- und Ständeratswahlen blies der Aargauer SVP ein steifer Wind ent-

gegen. Die klassischen SVP-Themen gingen in der Debatte um den Klimawandel unter. Der grüne Wahlsieg kostete die Aargauer SVP einen Nationalrats-sitz. Trotzdem sei die Partei im Aargau mit einem blauen Auge davongekommen, so Burgherr. Für den Wahlsonntag ist er zuversichtlich: Wenn Hansjörg Knecht im zweiten Wahlgang den Sprung in den Ständerat schaffe und Jean-Pierre Gallati in den Regierungsrat einziehe, «gehen wir sogar gestärkt aus den Wahlen hervor», sagt er.

Georgische Medizintouristen?

Fragen zu kranken Asylbewerbern aus sicheren Herkunftsländern.

Grosser Rat «Mit aussichtslosem Asylgesuch zu einer Gratis-Behandlung in Schweizer Spital.» So berichtete die Schweiz am Wochenende vor einer Woche über ein neues Phänomen in der Schweiz, das den Bund alarmierte. Die Rede war darin von Gesuchstellern aus Georgien – einem als sicher eingestuften Land – von denen offenbar einige in die Schweiz kommen, um sich während des Asylverfahrens vorab medizinisch behandeln zu lassen.

Dieser Bericht hat Grossrat **Silvan Hilfiker (FDP)** aufgeschreckt. Er hat eine Interpellation eingereicht, in der er der Regierung viele Fragen zum Thema stellt. Seit 2017 benötigen Personen aus Georgien für die Einreise in die Schweiz kein Visum mehr, schreibt er darin. Georgier hätten keine Aussicht auf Asyl, denn das Land gilt als sicherer Herkunftsstaat, so Hilfiker. Die Schweiz sei im Vergleich zu anderen Ländern aufgrund ihres gut ausgebauten Gesundheitssystems sehr attraktiv für Medizintourismus. Hilfiker verweist deshalb auf Frankreich, «das bereits auf dieses Problem

reagiert hat und Asylsuchende erst nach drei Monaten behandelt (Notfälle ausgenommen)».

Für den Freisinnigen ist deshalb völlig klar: «Personen, die in ihrem Herkunftsland an Leib und Leben bedroht sind, sollen Schutz in der Schweiz erhalten.» Jedoch dürfe die Schweiz nicht zulassen, «dass unsere liberale Einwanderungspolitik missbraucht wird und die Kosten für diesen Missbrauch der Allgemeinheit belastet werden».

Beim kantonalen Sozialdienst erfuhr Hilfiker, dass die Gesundheitskosten von Asylsuchenden ebenfalls ansteigen.

Wie weit dies durch das oben geschilderte Phänomen beeinflusst wird, sei nicht transparent, sagt Hilfiker und will wissen, wie viele Personen aus Georgien als Asylbewerber im Aargau sind und sich hier ärztlich behandeln lassen. Dann will er wissen, was die «Gratis-Behandlungen» in den Kantonsspitalern kosten, aber auch, wie hoch die Kosten pro Fall im Vergleich zu anderen durchschnittlichen Gesamtkosten pro Fall sind. Schliesslich fragt Hilfiker, welche medizinischen Bereiche besonders involviert sind: Augen, Ohren, Hausarztmedizin? (mku)

ANZEIGE

			
Sander Mallien Grossrat glp	Maya Bally Grossrätin BDP	Bernhard Guhl Nationalrat BDP	Lilian Studer Nationalrätin EVP ab Dezember

«Für eine starke Mitte. Marianne Binder-Keller in den Ständerat.»